

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALREFORM

JOURNAL OF SOCIAL POLICY RESEARCH



Call for papers für ein Schwerpunktheft

Der Sozialstaat als „Sortiermaschine“ – Kategorien und Kategorisierungsprozesse in der Sozialpolitik

Gastherausgeber*innen: Prof. Dr. Stefanie Börner (OVGU Magdeburg),
Prof. Dr. Antonio Brettschneider (TH Köln), Prof. Dr. Thilo Fehmel (HTWK Leipzig)

Problemaufriss und Ziel des Schwerpunktheftes

Kategorisierung ist eine der grundlegenden, wenngleich auch oftmals eher unbemerkten Techniken und zentralen Mechanismen der Sozialpolitik. Rechtlich gesehen folgen die sozialen Sicherungssysteme dem sogenannten juristischen Syllogismus: Wenn sich ein bestimmter Sachverhalt unter eine bestimmte „Tatbestandsvoraussetzung“ subsumieren lässt (Behinderung, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Minderung der Erwerbsfähigkeit etc.), dann treten als Rechtsfolge bestimmte Leistungsberechtigungen ein. Im Rahmen dieser Bewertungs-, Klassifizierungs- und Kategorisierungsprozesse werden individuelle Probleme und Bedürfnisse von spezialisierten Expert*innen anhand standardisierter Verfahren unter vordefinierte wohlfahrtsstaatliche Kategorien subsumiert. Diese Kategorisierungsprozesse sind entscheidend für die Ermittlung von Bedarfen und die Feststellung von Leistungsansprüchen, wie z. B. bei der Zuweisung von Pflegegraden, der Feststellung des Grades der Behinderung, der Definition von Langzeitarbeitslosigkeit, der Anerkennung einer Erwerbsminderung oder der Diagnose von Krankheiten.

Der Wohlfahrtsstaat funktioniert somit nicht nur als ein riesiger Umverteilungsapparat, sondern auch als allgegenwärtige „Sortiermaschine“, die unterschiedlichste Personengruppen anhand ausgefeilter Klassifikationssysteme in verschiedene wohlfahrtsstaatliche Programme kanalisiert. Institutionelle Kategorisierungen und Zuweisungen haben sehr reale Konsequenzen für die Sozialstaatsbürger*innen: Je nachdem, in welche spezifische Kategorie wohlfahrtsstaatliche Adressat*innen eingeordnet werden, können individuelle Ansprüche und Bedürfnisse anerkannt oder abgelehnt, soziale Rechte gewährt oder verweigert und hilfesuchende Personen in den sozialstaatlichen Schutzbereich aufgenommen oder davon ausgeschlossen werden. Kategoriensysteme und Klassifikationsverfahren fungieren in diesem Sinne als Gatekeeping-Mechanismen, die materielle Lebenschancen, Bildungsverläufe und Erwerbsbiografien maßgeblich prägen können.

Wohlfahrtsstaatliche Kategorien beinhalten zudem auch implizite oder explizite moralische Bewertungen. Sozialstaatliche Entwicklungs- und Veränderungsprozesse werden von tief verwurzelten kulturellen Wertkategorien und den damit verbundenen Vorstellungen

von Zugehörigkeit (*belonging*) und Unterstützungswürdigkeit (*deservingness*) geprägt. Sozialpolitik spiegelt und schafft somit gesellschaftliche Muster moralischer Klassifizierung und vermittelt spezifische Vorstellungen von sozial erwünschtem Verhalten, legitimen Bedürfnissen und individuellen bzw. kollektiven Verantwortlichkeiten. Aus konstruktivistischer Sicht bilden diese Kategorien nicht einfach bestehende soziale Sachverhalte ab, sondern tragen ihrerseits auch dazu bei, eben jene Realitäten zu schaffen, auf die sie sich beziehen. Sie prägen individuelle wie kollektive Identitäten, produzieren und reproduzieren symbolische Ungleichheiten durch Stereotypisierung und Vorurteile. Sozialstaatliche Kategorien können (zumindest in der Wahrnehmung der entsprechend „gekennzeichneten“ Personen) sowohl gesellschaftliche Wertschätzung und Privilegierung als auch Diskriminierung und Stigmatisierung befördern. Darüber hinaus können Kategoriensysteme aber auch „blinde Flecken“ aufweisen: Da sie normalerweise darauf ausgelegt sind, „Standardfälle“ abzudecken, sind sie immer auch mit Exklusionsrisiken verbunden; dies gilt insbesondere für Personen mit komplexen Bedürfnissen, die sich nicht leicht in die vorgegebenen administrativen Kategorien einsortieren lassen.

Da institutionelle Kategorien und Verfahren letztlich auf kontingenten sozialen Konstruktionen basieren, die sich in machtgetriebenen Interaktionsprozessen herausbilden, sind sozialstaatliche Ordnungssysteme stets umstritten; sie sind Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte und befinden sich in einem kontinuierlichen Wandel. Entsprechende Veränderungen können auf Anpassungen der Terminologie und „Wordings“ beschränkt bleiben, können aber auch substantielle Änderungen des konzeptionellen Rahmens und der zentralen Definitionen umfassen. Im Zuge konkreter sozialpolitischer Reformen können zentrale institutionelle Kategorien ausgeweitet oder eingengt, neu definiert, umbenannt oder sogar komplett abgeschafft werden. Sozialstaatlicher Wandel kann insofern auch als Wandel sozialpolitischer Kategoriensysteme und Kategorisierungsverfahren analysiert werden. Das Sonderheft widmet sich der theoretischen und empirischen Analyse wohlfahrtsstaatlicher Kategorien und sozialpolitischer Kategorisierungsprozesse. Beiträge sollten sich mit einem oder mehreren der folgenden, hier beispielhaft aufgeführten Themen und Fragestellungen befassen:

- Analyse der historischen Entstehung und Veränderung sozialer, moralischer und rechtlicher Kategorien im Wohlfahrtsstaat und der damit verbundenen Folgen für (potenzielle) Nutzer*innen und Adressat*innen, z.B. im Hinblick auf Inklusions-/Exklusionsprozesse, subjektiv empfundene Diskriminierung und Stigmatisierung oder biografische Langzeitwirkungen, sowie im Hinblick auf die öffentliche Akzeptanz sozialstaatlicher Leistungssysteme und Leistungsprinzipien,
- Analyse gesellschaftspolitischer Diskurse und sozialpolitischer Fachdebatten im Hinblick auf kategoriale Grenzziehungen und Grenzverschiebungen, normative Leitbilder und implizite oder explizite Verständnisse von „Normalität“ und „Abweichung“, von „(non-)deservingness“ etc.,
- Analyse der Veränderungen bestehender und der Entstehung neuer wohlfahrtsstaatlicher Kategorien im Kontext neuer sozialer Risiken, veränderter Geschlechterrollen und globaler Migrationsprozesse,
- Analyse innerorganisatorischer Kategorisierungs- und Fallbearbeitungsprozesse in der alltäglichen Vollzugswirklichkeit der Sozialadministration, beispielsweise in den Bereichen Arbeitsverwaltung, Sozialhilfe, gesetzliche Rentensysteme oder Kinder- und Jugendhilfe, z.B. im Hinblick auf das Verhältnis von standardisierten gesetzlichen Vorgaben und faktischen Beurteilungs- und Ermessensspielräumen der *street level bureaucrats*,

- Internationale und vergleichende Perspektiven auf sozialstaatliche Kategorien und Klassifizierungen, z.B. im Hinblick auf fortbestehende nationale Unterschiede und/oder mögliche Harmonisierungs- oder Konvergenztendenzen im Rahmen von Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen,
- Analyse der potenziellen Auswirkungen des verstärkten Einsatzes standardisierter Instrumente und digitaler Technologien (Algorithmen) in sozialstaatlichen Bewertungs- und Einstufungsverfahren,
- vertiefende Analyse von Kategorisierungssystemen, Methoden und Verfahren im Kontext verschiedener wohlfahrtsstaatlicher Bereiche und Professionen, wie z. B. in medizinischen Berufen, im Rahmen der Sozialarbeit oder bei anderen sozialen Dienstleistungen.

Organisatorisches / Zeitplan

Abstract:

Um einen Beitrag für das Schwerpunktheft vorzuschlagen, reichen Sie bitte bis spätestens **15. Juli 2023** ein erweitertes Abstract (einschließlich der Namen und institutionellen Zugehörigkeiten aller Autor*innen) von etwa 300 Wörtern bei den Gastherausgeber*innen ein. Bitte senden Sie Ihr Abstract an: stefanie.boerner@ovgu.de, antonio.brettschneider@th-koeln.de und thilo.fehmel@htwk-leipzig.de.

Autor*innen, die eingeladen werden, einen vollständigen Artikel in englischer oder deutscher Sprache einzureichen, werden bis zum 10.8.2023 benachrichtigt.

Die Abstracts sollten den Inhalt des geplanten Beitrags skizzieren und insbesondere auf folgende Punkte eingehen:

- Ziel, Forschungsfrage und Relevanz des geplanten Beitrags,
- konzeptionelle Perspektive,
- Daten und Methoden (falls zutreffend),
- (potenzielle) Ergebnisse und weitere Implikationen.

Vollständiger Beitrag:

Der vollständige Beitrag (mit einer Länge von etwa 8.000 Wörtern) unter Einhaltung aller Standards der Zeitschrift sollen bis spätestens 31.1.2024 eingereicht werden. Die Einreichungen erfolgen über das System der ZSR: <https://mc.manuscriptcentral.com/zsr>. Alle Beiträge werden einem Double-Blind-Peer-Review unterzogen. Weitere Einzelheiten finden Sie in den Anweisungen für Autoren hier:

[https://www.degruyter.com/publication/journal-key/ZSR/downloadAsset/ZSR Instructions for authors.pdf](https://www.degruyter.com/publication/journal-key/ZSR/downloadAsset/ZSR%20Instructions%20for%20authors.pdf)

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an die Gastherausgeber*innen wenden.

Aktuelle Beiträge (ZSR 1/2023):

Ist der öffentliche Dienst noch ein attraktiver Arbeitgeber? Veränderte Wahrnehmungen zu Jobsicherheit, langfristiger Beschäftigung und Karriereperspektiven von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft von 1985 bis 2018 (Paul Severin Löwe, Peter Valet)

Bedarfskonzepte und Gerechtigkeitsvorstellungen bei Mitarbeitenden örtlicher Sozialverwaltungen (Brian Dietrich, Kai-Uwe Schnapp)

“Digital Taylorism” for some, “digital self-determination” for others? Inequality in job autonomy across different task domains (Stefan Kirchner, Sophie-Charlotte Meyer, Anita Tisch)

ZSR – Redaktion
Werner Eichhorst / Ariana Kellmer
Universität Duisburg-Essen
Institut Arbeit und Qualifikation
Forsthausweg 2
47057 Duisburg

Email: zsr@uni-due.de

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALREFORM

JOURNAL OF SOCIAL POLICY RESEARCH



Call for papers for a special issue

The Welfare State as a Sorting-Machine. Categories and Classification Processes in Social Policy

*Guest Editors: Prof. Dr. Stefanie Börner (OVGU Magdeburg),
Prof. Dr. Antonio Brettschneider (TH Köln), Prof. Dr. Thilo Fehmel (HTWK Leipzig)*

Categorisation is one of the basic (often unnoticed) techniques and central mechanisms of social policy. In legal terms, social security systems operate according to the so-called legal syllogism: if a certain circumstance occurs (disability, illness, need for care, unemployment, reduction in earning capacity, etc.), then specific entitlements to benefits and services are granted. In those assessment, classification and categorisation processes specialised experts use standardised procedures to subsume individual problems and needs under pre-defined welfare state categories. These processes are crucial to recognise needs and decide whether an applicant is entitled to benefits or services, such as assigning long-term care levels, determining the degree of disability, defining long-term unemployment, recognizing reduction in a person's earning capacity or diagnosing disease.

Thus, the welfare state does not only work as a huge redistribution apparatus, but also as an omnipresent "sorting-machine" that uses a broad range of classification systems to stream different categories of people into various welfare programmes. Institutional categorisations have very real consequences for citizens of the welfare state: Depending on the specific categorization of (potential) addresses individual claims and needs can be recognized or rejected, social rights can be granted or denied, and individuals can be included in or excluded from welfare state protection. Category Systems and classification procedures function as gatekeeping mechanisms that can thus shape economic life chances, educational trajectories and employment biographies.

Welfare state categories contain implicit or explicit moral judgements. Social policy development over time is shaped by deeply embedded cultural categories of worth and associated ideas of “belonging” and “deservingness”. Social policies both reflect and create societal patterns of moral classification and transmits specific understandings about socially desirable behaviour, legitimate needs, individual and collective responsibilities. From a constructivist perspective, these categories do not simply reflect existing social phenomena, but contribute to create the very realities to which they apply. They contribute to shape individual as well as collective identities, they produce and reproduce symbolic inequalities by stereotyping and prejudicing. Sometimes categories foster social esteem and privilege, and sometimes discrimination and stigmatization, at least as perceived by the accordingly “labelled” persons. In addition, category systems may have “blind spots”: since they are usually designed to cover “standard” cases, they always imply a risk of exclusion, especially for persons with complex needs that don’t easily fit into the pre-defined administrative categories of the system.

Since institutional categories and procedures are ultimately based on contingent social constructions that emerge in power-driven interaction processes, a welfare state’s classification systems are contested subject to social conflicts and to continuous change. These changes can be limited to new terminology and “wording”, but can also include substantial changes in the conceptual framework and the central definitions. In the course of social policy reforms, central institutional categories can be expanded or narrowed, redefined, renamed, or even abolished. This allows us to analyse welfare state change in terms of changing categories and classification procedures.

The special issue is dedicated to the theoretical and empirical analysis of welfare state categories and classification processes in social policy. Contributions should address one or more of the following topics and questions (listed here as examples):

- Analysis of the historical formation and change of social, moral and legal categories in the welfare state and the consequences for (potential) beneficiaries and addressees linked to this, e.g. with regard to processes of inclusion/exclusion, subjectively perceived discrimination and stigmatisation or long-term biographical effects, as well as on the public acceptance of welfare schemes and principles,
- Analysis of socio-political discourses and political debates with regard to categorical demarcations and shifts in symbolic boundaries, normative ideas and the implicit or explicit understanding of ‘normality’ and ‘deviation’, of ‘(non-)deservingness’ etc.,
- Analysis of changes in welfare state categories and classification systems and the emergence of new categories in the context of new social risks, changing gender roles and global migration processes,
- Analysis of classification and case management processes within welfare state organisations and social administrations, for example in the area of employment services, social welfare, public pension systems or child and youth welfare, e.g. with regard to the relationship between standardized legal procedures and the de facto discretionary powers of street level bureaucrats,
- International and comparative perspectives on categories and classifications within the welfare state, e.g. with regard to enduring national differences and/or possible tendencies of harmonisation or convergence in the context of globalisation and Europeanisation processes,
- Analysis of the potential effects of the increased use of standardised instruments and digital technologies (algorithms) in welfare state assessment and classification procedures,

- In-depth analysis of categorization systems, methods and procedures in different welfare state fields and professions, such as medical professions, social work and other social services.

Schedule for Submissions

Abstract:

To propose a research paper for the special issue, please submit an extended abstract (including the names and affiliations of all authors) of around 300 words to the guest editors no later than **July 15, 2023**. Please send your abstract to stefanie.boerner@ovgu.de, antonio.brettschneider@th-koeln.de and thilo.fehmel@htwk-leipzig.de.

Authors of extended abstracts who are invited to submit a full paper in English or German will be notified later in August 8, 2023. The abstracts should outline the contents of the planned contribution and mention the following points:

- objective of the planned paper (research question) and relevance,
- conceptual perspective,
- data and methods (if applicable),
- (potential) results and further implications.

Full Paper:

The full paper (of a length of around 8,000 words), and adhering to all standards of the journal are due no later than January 31, 2024. Submissions are made through the ZSR system: <https://mc.manuscriptcentral.com/zsr>. All articles will undergo double-blind peer review. For more details see the instructions for authors here: [https://www.degruyter.com/publication/journal_key/ZSR/downloadAsset/ZSR Instructions for authors.pdf](https://www.degruyter.com/publication/journal_key/ZSR/downloadAsset/ZSR%20Instructions%20for%20authors.pdf)
Please do not hesitate to get in touch with the guest editors in case of questions.

Aktuelle Beiträge (ZSR 1/2023):

Ist der öffentliche Dienst noch ein attraktiver Arbeitgeber? Veränderte Wahrnehmungen zu Jobsicherheit, langfristiger Beschäftigung und Karriereperspektiven von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft von 1985 bis 2018
(Paul Severin Löwe, Peter Valet)

Bedarfskonzepte und Gerechtigkeitsvorstellungen bei Mitarbeitenden örtlicher Sozialverwaltungen
(Brian Dietrich, Kai-Uwe Schnapp)

“Digital Taylorism” for some, “digital self-determination” for others? Inequality in job autonomy across different task domains
(Stefan Kirchner, Sophie-Charlotte Meyer, Anita Tisch)

ZSR – Redaktion
Werner Eichhorst / Ariana Kellmer
Universität Duisburg-Essen
Institut Arbeit und Qualifikation
Forsthausweg 2
47057 Duisburg

Email: zsr@uni-due.de